

HERBSTKONFERENZ

am 17. November 2016 in Berlin



Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

Beschluss der Ministerinnen und Minister

TOP II.11: Notwendigkeit von Rückfalluntersuchungen - Fortsetzung der Legalbewährungsstudie des MPI und der Universität Göttingen

Berichterstattung: Berlin

1. Die Justizministerinnen und Justizminister stellen fest, dass kontinuierliche wissenschaftliche Erkenntnisse zur Rückfälligkeit nach Verhängung und Verbüßung einer Strafe für eine rationale Kriminalpolitik unverzichtbar sind, insbesondere weil sie die Überprüfung der spezialpräventiven Wirkung von Kriminalstrafen ermöglichen. Hieraus werden zudem wichtige Erkenntnisse gewonnen über die Erreichung des Vollzugsziels - der Befähigung, ein Leben ohne Straftaten zu führen - und wesentliche Grundlage für Prognosen zum Rückfallrisiko.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten den Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, die Fortsetzung der bundesweiten Untersuchung zur Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen zu gewährleisten.